

Jenseits des nationalen Sozialstaats: Weltbürgerliche Solidarität. medico-Thesen zu einem globalen Projekt sozialer Gerechtigkeit.

Obwohl sich die neoliberale Globalisierung in einer tiefen Krise befindet, ist die Hegemonie neoliberaler Ideologie nicht nachhaltig erschüttert. Ein Grund dafür liegt darin, dass die Kritik des Globalisierungsprozesses oft defensiv formuliert wird. Die folgenden Thesen umreißen dem gegenüber ein Projekt sozialer Gerechtigkeit, das den Neoliberalismus kritisiert, indem es nicht hinter ihn zurück-, sondern über ihn hinauswill.

I.

Der an das Ende der Systemkonkurrenz gebundene Begriff des „Epochenbruchs“ markiert heute eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse im globalen Maßstab. Mit der Systemkonkurrenz fiel auch die Weltordnung, in der sie ausgetragen wurde. Diese Ordnung schien über Jahrzehnte hinweg von der tendenziell weltweiten Durchsetzung großindustrieller Massenproduktion geprägt zu sein, gleichgültig übrigens, ob in liberalkapitalistischer, staatssozialistischer oder anderer Form. Auf dem Wege „nachholender Entwicklung“ sollte dabei zwischen Nord und Süd derselbe soziale Ausgleich verwirklicht werden, den die Industriestaaten durch ihre Ausgestaltung zum Sozialstaat erreicht hatten.

Heute scheint dieses Projekt unwiderruflich gescheitert zu sein:

- Die von den Industriestaaten betriebene De-Regulierung der Kapital- und Finanzströme und die Internationalisierung der Arbeitsteilung haben die Standort-Konkurrenz zwischen diesen Staaten soweit entfesselt, dass sie von Sozial- zu „nationalen Wettbewerbsstaaten“ (J. Hirsch) werden mussten. Um den Preis des Rück- und Abbaus sozialstaatlicher Funktionen geht es diesen nur noch um die Durchsetzung bestmöglicher Verwertungsbedingungen eines transnational freigesetzten Kapitals.
- Die Internationalisierung der Arbeitsteilung hat zu einer strukturellen Massenerwerbslosigkeit geführt, mit der die materielle Grundlage bisheriger Sozialstaatlichkeit – die Verallgemeinerung der Lohnarbeit zur tendenziell weltumspannenden „Vollbeschäftigung“ – hinfällig geworden ist.
- In den Staaten des globalen Südens führte dies zum Scheitern ihrer „nachholenden Entwicklung“. Die mit dem Anschluss an den Weltmarkt erfolgte Zerstörung

traditioneller Subsistenz verschärft die Krise in einer Verelendungsdynamik katastrophischen Ausmaßes.

- Im Norden wie im Süden kommt es zur Prekarisierung immer größerer Teile der Gesellschaft. Weltweit müssen Millionen in informellen Schattenökonomien überleben. Wiederum für Millionen kann selbst dies nur durch Arbeitsmigration erreicht werden. Dabei wächst die Zahl derjenigen, die gänzlich von der Hilfe anderer abhängig sind – Kriegs- und Gewaltopfer, Vertriebene, Flüchtlinge, Alte, Kranke und Kinder. Ohne jeden Rechtsanspruch können diese Menschen nur noch auf die Unterstützungsleistungen humanitärer Organisationen zählen.
- Die Schattenökonomien gehen fließend in gewaltdurchherrschte Ökonomien der Kriminalität und des sozialen Kriegs über, die in immer mehr Gesellschaften zur Grundlage der gesellschaftlichen Reproduktion werden und auf eine vollständige Zerstörung des Sozialen tendieren.

Im dritten Jahrzehnt neoliberaler Globalisierung kann die selbst in den entwickelten Industriegesellschaften nie wirklich verallgemeinerte Lohnarbeit nicht mehr der zentrale Zugang zu den Ressourcen des gesellschaftlichen Lebens und den Systemen seiner solidarischen Sicherung sein. Zugleich ist eine solidarische Sicherung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im nationalstaatlichen Rahmen weder zu verteidigen noch gar auszubauen – es sei denn, man akzeptiere die strukturelle Ausgrenzung der Mehrheit der Weltbevölkerung.

Für den Abschied vom lohnarbeitsgestützten nationalen Sozialstaat spricht aber auch die von den sozialen Bewegungen des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts artikulierte Kritik an allen Formen dieses Staates, die selbst eine der Ursachen seines Scheiterns war und später von der neoliberalen Ideologie usurpiert wurde:

- Der de facto ja nur in den Industriestaaten realisierte nationale Sozialstaat hatte die asymmetrischen Machtverhältnisse der Weltwirtschaft zur systematischen Voraussetzung: das Versprechen der „nachholenden Entwicklung“ konnte nie gehalten werden.
- Auf primär männliche Lohnarbeit gestützt war der nationale Sozialstaat auch in den Industriestaaten auf das unhaltbare Versprechen „nachholender Entwicklung“ – in diesem Fall des Einschlusses der Frauen in die „Vollbeschäftigung“ – gegründet.

- Der auf Lohnarbeit gegründete nationale Sozialstaat war dabei stets ein autoritärer Staat, der in der Regel nur bürokratische Formen solidarischer Sicherung ausbilden konnte.
- Auch ökologisch haben sich Massenproduktion wie Massenkonsum als desaströse Weise der Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens erwiesen.

Ein über den Neoliberalismus hinausführendes Projekt sozialer Gerechtigkeit hängt insofern an den folgenden elementaren Voraussetzungen:

- da die strukturelle Massenerwerbslosigkeit nur die Form ist, unter der die gesellschaftliche Arbeit im ausschließlichen Interesse bestmöglicher Kapitalverwertung verkürzt und umverteilt wird, kann eine Lösung der Krise nur durch die demokratische Kontrolle der globalen Arbeitsteilung erreicht werden: Verkürzung der Arbeitszeit und Umverteilung der Arbeit nach Maßgabe eines demokratisch auszuhandelnden weltgesellschaftlichen Interesses.
- da die solidarische Sicherung der Teilhabe an der materiellen und symbolischen Sicherung des gesellschaftlichen Lebens nicht länger auf der Grundlage individueller Lohnarbeit möglich ist, muss sie als bedingungsloses Bürgerrecht, genauer: als konkreter Inhalt von Bürgerschaft gedacht werden.
- da Massenerwerbslosigkeit weltweit Millionen Menschen in informelle Ökonomien zwingt hat, muss eine Demokratisierung der Arbeitsteilung auch die zahllosen familialen oder kommunitären Netze gegenseitiger Hilfe einbeziehen, die – oft in Verbindung mit Migrationsbewegungen – die soziale Basis der Informalität bilden. Hierzu gehören auch die ebenfalls stark expandierenden gemeinwesenorientierten Formen parastaatlich oder privat organisierter sozialer Arbeit einschließlich der humanitärer Organisationen. Im Zusammenhang informeller und sozialer Arbeit zeichnet sich eine solidarische Ökonomie ab, deren Stärkung gegenüber der privatwirtschaftlichen wie der staatsverwalteten Ökonomie vorrangiges Ziel einer partizipativ, reziprok und subsidiär entfalteten Demokratisierung der Arbeitsteilung sein muss.
- da informelle wie soziale Arbeit immer auch Teil der Prekarisierung des gesellschaftlichen Lebens, der vor allem Frauen zugeteilten Mischformen von Arbeit und Fürsorge sowie der staatlich gedeckten Einführung von Formen der „workfare“

(Zwangsarbeit) sind, ist eine reale Demokratisierung der Arbeitsteilung an ein ohne Gegenleistung zuzuteilendes Grundeinkommen (Bürger- bzw. Existenzgeld, sozialer Lohn, universelle Zuwendung etc.) gebunden. Dieses soll jeder Bürgerin und jedem Bürger am Ort der Niederlassung die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern. Allerdings garantiert auch ein bedingungslos zugeteiltes Grundeinkommen nicht die Überwindung prekärer Lebensbedingungen; seine konkrete Höhe wird deshalb notwendig ein strategischer Einsatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen sein.

- da nationalstaatliche Lösungen der sozialen Frage entweder nicht mehr zu realisieren oder an das asymmetrische Nord-Süd-Verhältnis gebunden sind, kann die Rückbindung der solidarischen Sicherung des gesellschaftlichen Lebens an die Bürgerschaft nur in der Form einer Weltbürgerschaft garantiert werden. Deren Horizont ist nicht ein weder wünsch- noch realisierbarer „Weltstaat“, sondern der Globalisierungsprozess selbst als demokratisch gestalteter Prozess.

Die Demokratisierung der Arbeitsteilung ist seit den ersten Kämpfen um die Verkürzung der Arbeitszeit im 19. Jahrhundert der Kern jeden Versuchs, die Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger real durchzusetzen. Im dritten Jahrzehnt neoliberaler Globalisierung geht es darum, sie in globaler Dimension zu verwirklichen.

Thomas Seibert

Dr. Thomas Seibert studierte Philosophie und ist Mitarbeiter der Öffentlichkeitsarbeitsabteilung von medico international.